

Rutesheim, den 27. Januar 2020

### Erklärung der SPD Rutesheim-Perouse zum Haushalt 2020

Die Zeit über den Jahreswechsel nutzte der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, um auf dem Dachboden verloren geglaubtes Vokabular auszugraben und für die Zukunft wichtige Begriffe abzustauben. Dabei fielen ihm solche Klassiker wie „Soziale Frage“, „Bezahlbares Wohnen“ oder „Verteilungsgerechtigkeit“ in die Hände. Er entdeckte aber auch Begriffe, die hier im Ort seit fünf Jahren nicht mehr gehört waren, genauer „WIR SPD-Gemeinderäte“ oder „WIR Sozialdemokraten im Gemeinderat“. Sogleich steckte er sich diese Begriffe für den weiteren Gebrauch in die Westentasche, denn:

Sehr geehrte Herren Amtsleiter,

liebe Kolleginnen und Kollegen Stadträte,

verehrte Bürgerinnen und Bürger,

für die Rutesheimer SPD war es ein äußerst erfolgreiches Jahr, haben wir doch die Sitze im Gemeinderat verdoppelt. Grund genug, auch die Redezeit zu verdoppeln – aber nicht heute Abend. Was wir allerdings schon verdoppelt haben, sind die Paare der Augen, die einen Blick auf den vorliegenden Haushaltsplan geworfen haben. Und das war auch nötig, denn die Umstellung von der Kame-ralistik auf die Doppik stellte erfahrene Stadträte gleichermaßen wie unsere Neuen vor eine große Herausforderung. Sicher, das neue Verfahren erhöht die Vergleichbarkeit kommunaler Leistungen und gerade über das Konzept der Abschreibungen wird ein höheres Maß an Generationengerechtigkeit erzielt. Die Sorge von uns allen war jedoch, ob doppische Haushalte noch verständlich wären und welche Hürden sie wohl dem Leser böten. Dabei zeigte sich recht schnell: Die Doppik entzieht sich mitnichten der Analyse durch gewohnte statistische Methoden. Ganz im Gegenteil: Finanzielle Trends und schwere Brocken erkennt man auch im ersten doppischen Haushalt ohne große Probleme. Um es mit einem Bild auszudrücken: Wenn man in einer Segelyacht oder in einer Autofähre über den Bodensee fährt, unterscheiden sich allenfalls die Messinstrumente. Das Wasser bleibt jedoch das gleiche.

Auch im doppischen Haushalt wachsen unsere **Einnahmen für laufende Verwaltungstätigkeiten** nicht in den Himmel. Man mag es beim Blick in den Ort kaum glauben, aber: Wir sind und bleiben eine steuerschwache Kommune. Entsprechend hoch bleibt der Anteil an **Schlüsselzuweisungen** und **Zuweisungen für laufende Ausgaben** mit zusammen fast 8,4 Mio. € bzw. über 25 % Anteil an den Gesamterträgen – hier bleiben wir fremdbestimmt.

Selbstbestimmt sind wir hingegen bei den **Gebühren** für städtische Leistungen. Insgesamt 5,6 Mio. € kommen hier zusammen. Ein wesentlicher Anteil davon – 1,8 Mio. € – stammen von der Sozialstation, weitere 340.000,- € von der selbständigen Tagespflege. Genauso wichtige, aber äußerst anfällige Ertragsposten im Ergebnishaushalt bleiben mit ca. 4,1 Mio. € oder einem Anteil von 12,5 % die **Gewerbesteuer** und mit etwa 8,5 Mio. € bzw. 25,7 % Anteil die **Einkommenssteuer**. Die Gewerbesteuer bewegt sich dabei seit einigen Jahren auf einem vergleichbaren Level, die Einkommenssteuer hingegen hat deutlich zugenommen. **Mit Fug und Recht kann man sagen: Gut geht es unserer Kommune dann, wenn es den Betrieben vor Ort gut geht. Noch besser geht es unserer Stadt, wenn es auch unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gut geht.**

Die Umkehrseite der Medaille ist, dass wir in beiden Punkten enorm von der wirtschaftlichen Lage abhängig sind. Zwar hat sich eine zur Jahresmitte groß angekündigte Krise eher als kleine Delle erwiesen. Unsere Wirtschaft im Ort hängt aber von vielen Faktoren ab. Um nur zwei davon zu nennen: 1. Sollte der amerikanische Präsident doch noch Zölle auf deutsche Fahrzeuge erheben, ziehen in Sindelfingen, Zuffenhausen oder Untertürkheim und damit in unmittelbarer Nähe ganz schnell ökonomische Regenwolken auf. 2. Die von Tesla angekündigte Giga-Fabrik in Brandenburg ist nichts anderes als eine Kriegserklärung des 21. Jhdts. an den Verbrennungsmotor. Man kann nur hoffen, dass die deutsche Automobilindustrie die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Dass all diese Erträge im Ergebnishaushalt notwendig sind, zeigt ein Blick auf die Aufwendungen. Hier möchte ich nur vier erwähnen, zwei davon genauer.

Ganze 6,9 Mio.€ bringen wir für **echte städtische Dienstleistungen** auf, etwa die Unterhaltung von Straßen, Grünanlagen, Strom- oder Heizkosten oder die Straßenbeleuchtung. Dazu gehören noch viele kleine Posten, die das Leben in unserer Stadt jeweils noch ein bisschen lebenswerter machen.

An die **Abschreibungen** – in diesem Jahr ganze 3,8 Mio. € oder 11,5 % aller Aufwendungen – muss ich mich zugeben erst noch gewöhnen. Nach diesem Konzept gehen mehr Immobilien im Bestand mit höheren Abschreibungen einher. Klar, Häuser kosten Geld, Generationengerechtigkeit usw. ... Aber: Zumindest im Haushaltsplan macht uns jeder Neubau zunächst einmal ärmer – erklären Sie das einmal einem Immobiliencycoon.

Weitere Aufwendungen im Ergebnishaushalt werden uns von außen aufgelastet. Dazu gehört die **FAG-Umlage**, immerhin 3,6 Mio. €, und noch vielmehr die **Kreisumlage** mit 4,9 Mio. €. So sehr sie alle Jahre wieder schmerzt, wissen wir umgekehrt die Leistungen zu schätzen, die damit erbracht werden. Das gilt beispielsweise für die Müllentsorgung und eine hervorragende medizinische Versorgung am Leonberger Krankenhaus, auf die wir als Sozialdemokraten nach wie vor drängen. Wie klug wäre es gewesen, wenn sich unsere Nachbarn im Süden zu einer positiven Entscheidung für den Radweg zwischen Perouse und Malmsheim durchgerungen hätten. Unsere beiden Kommunen hätten dann

ganz im Sinne einer guten Nachbarschaft mit ebenjenen Geldern vom Landkreis ein sinnvolles Projekt verwirklichen können.

Der größte Brocken mit 11,5 Mio.€ besteht weiterhin aus den **Personalkosten**. In den vergangenen 10 Jahren haben sie sich mehr als verdoppelt. Klar, wir als Sozialdemokraten finden: **Gute Mitarbeiter sollen gutes Geld verdienen**. Umgekehrt wissen wir auch: Dieser Anstieg liegt v. a. an den Personalkosten für die Kinderbetreuung in Kindertagesstätten. Insofern zeigt sich hier die ganze Widersprüchlichkeit der Politik. Wir finden es völlig richtig, angesichts der sich dramatisch verändernden Situation von Familien – keine Oma vor Ort oder selbst noch berufstätig – die Betreuungsmöglichkeiten deutlich auszuweiten. Umgekehrt haben wir aber kein Verständnis dafür, dass ausgerechnet für Kindergärten Gebühren erhoben werden. Warum kosten Schule, Ausbildung und Universität kein Geld? Außerdem kann mit diesen Gebühren nur ein kleiner Teil der gesamten Kosten in diesem Bereich gedeckt werden. Für sehr viele Kommunen ist das ein finanziell kaum zu stemmender Kraftakt. Unserer Meinung nach muss der konservative Teil der Politik hier endlich nachgeben, um eine Finanzierung der Kinderbetreuung in allen Kommunen auf lange Sicht nachhaltig zu gestalten.

Ganz am Ende bleibt im Ergebnishaushalt ein **Zahlungsmittelüberschuss** von 2,97 Mio. €. Ein gutes Zeichen, und wir können das Geld gut gebrauchen, denn auch 2020 werden wir wieder ordentlich investieren. 5,9 Mio € und damit fast 40% der **Investitionsmaßnahmen** gehen in den **Grunderwerb**; mit dem Löwenanteil von 4,3 Mio. € wollen wir das Bosch-Areal erwerben. Ja, der Wegzug von Bosch schmerzt, und auch die dortigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich spürbar umstellen. Auf der anderen Seite kommt uns diese Veränderung aber entgegen, denn wir benötigen dringend Flächen für Wohnraum, insbesondere für Mietwohnungen und sozialen Wohnbau, auf den wir nach wie vor drängen. Dass wir dafür – gerade in dieser Größenordnung – auf dem Bosch-Areal keine weitere grüne Wiese versiegeln müssen, begrüßen wir sehr.

Weiter investieren wir etwa 4,3 Mio. € in verschiedene Baumaßnahmen. Im **Tiefbau** schlagen mit 1,34 Mio. € zahlreiche kleinere Aufgaben rund um Straßenbau und Wasserversorgung zu Buche. Im **Hochbau** ist v. a. der Neubau des Horts mit ca. 1,8 Mio. € von Gewicht, und bei den sonstigen Baumaßnahmen die **Erweiterung des Rücklauf- und Überschussschlammumpenwerks** mit etwa 640.000 €. Auch in diesem Planjahr sind es also wieder neben den vielen kleineren Baustellen ein paar große Brocken. **Wir unterstützen diese Investitionen, weil es sich hier jeweils um notwendige Infrastrukturmaßnahmen handelt.**

Besonders erfreulich ist für uns eine weitere Großinvestition: Mit der **Beteiligung an der Netze BW** in Höhe von 2,68 Mio. € ist es uns endlich gelungen, eine Anlageform zu finden, bei der wir für unser Sparverhalten belohnt und nicht bestraft werden. Sprich: Damit können wir Negativzinsen vermeiden. Als Vater eines kleinen Jungen und Stadtrat bin ich hier in den vergangenen Jahren in ein pädagogisches Dilemma geraten: Kleine Kinder schickt man bekanntermaßen alljährlich zum Weltspartag,

wo sie mit einem Geschenk für ihr Sparverhalten belohnt werden. Umgekehrt wurde unsere Stadt für ihre vorbildliche Finanzpolitik zu einem Verwarentgelt verdonnert. Wer soll das erklären? In meinen Augen treiben es die Banken hier zu weit. Es darf nicht sein, dass vorbildliches Handeln auf Dauer bestraft wird.

Gerade an den **Einzahlungen in der Investitionstätigkeit** sieht man, wie nötig eiserne Haushaltsdisziplin für uns ist. Fast 2/3, nämlich 2,86 Mio. €, stammen aus **Verkaufserlösen**. Der alte Rutesheimer Weg: Acker kaufen, erschließen und als Bauland verkaufen. Jeder von uns hier weiß, dass dieser Weg bei einer begrenzten Markungsfläche endlich ist, und von daher dürfen wir mit Blick auf die Zukunft diese Einnahmen nie als eine Selbstverständlichkeit, sondern eher als Ausnahme betrachten. Wenn wir nicht unsere gesamte Siedlungsfläche zu Geld machen wollen, wird die Zeit kommen, in der wir größere Projekte anderweitig finanzieren müssen.

Alle in allem bleibt in diesem Jahr – verrechnet mit dem Zahlungsmittelüberschuss – bei den Investitionen ein Defizit von 7,8 Mio. € hängen. Finanziert wird das auch mit dem Zahlungsmittelbestand, sodass die Rücklage zwar schrumpft, aber nur vorübergehend und wir 2020 mit ca. 5,3 Mio. € ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben werden. Muss uns das alles Sorgen bereiten? Wir meinen nein, denn diese Investitionen werden durch Grundstücksveräußerungen in den Folgejahren mehr als refinanziert, sodass wir am Ende sogar besser dastehen dürften als vorher. **Uns ist v. a. eines wichtig: Diese zwischenzeitliche Delle akzeptieren wir, weil mit den Geldern gearbeitet wird. Die Investitionen, von denen ich nur wenige aufgezählt habe, halten wir für vernünftig.** Es handelt sich ja gerade nicht um Freibäder, unterirdische Bahnhöfe oder nicht landen wollende Flughäfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus aktuellem Anlass ein Zitat: „*Das Klima der Kontinente hängt ab von den Veränderungen, welche der Mensch durch die Entwicklung großer Dampf- und Gasmassen an den Mittelpunkten der Industrie hervorbringt.*“ Dieses Zitat stammt nicht von Greta, sondern von Alex. Genauer Alexander von Humboldt, dem wohl berühmtesten aller deutschen Naturforscher, dem bei seiner Südamerikareise schon die eklatanten Auswirkungen der Industrialisierung auf die Umwelt ins Auge fielen. Knapp 200 Jahre später gibt es immer noch viele Zeitgenossen, die am Klimawandel zweifeln. Ein Blick in unseren Wald sollte jedoch auch den letzten Zweifler überzeugen.

Und dieser Wandel wirkt sich auch auf den Haushaltsplan 2020 und die Folgejahre aus: Stand heute rechnen wir in Zukunft mit einem jährlichen Minus in Höhe von ca. 230.000 € im Forst. Angesichts dieser Beträge müsste man zumindest aus finanzpolitischer Sicht für die völlige Aufgabe der Waldwirtschaft plädieren. Gott sei Dank sind finanzpolitische Gründe im menschlichen Zusammenleben nicht immer die mit dem meisten Gewicht. Es gibt viele andere Gründe, die dafür sprechen, unseren Forst mit entsprechendem finanziellem Aufwand für nachfolgende Generationen zu hegen und zu

pflegen. Bei zukünftigen Entscheidungen zum Wald werden wir noch stärker als bislang auf die Bevorzugung ökologischer Aspekte drängen.

Insgesamt zeigen sich selbst am Rutesheimer Forst die Grenzen und die Folgen des weltweiten Wachstums. Und – um den Bogen wieder zurück zur Kommune zu schlagen: **Auch vor Ort und entsprechend im Haushaltsplan bzw. der mittelfristigen Finanzplanung sehen wir Sozialdemokraten zunehmend Grenzen, was die weitere Entwicklung betrifft.** Das betrifft nicht nur die Versiegelung von Flächen für Wohn- und Gewerbeziecke. Wir sehen das auch an den enormen Kinderzahlen: Einerseits freuen wir uns darüber, andererseits sehen wir durchaus unsere Wachstumsschmerzen. Wir sehen die rekordverdächtigen Schülerzahlen; Schulzentrum und Mensa gelangen an ihre Kapazitätsgrenzen. Auch die Verkehrs- und Parksituation im Ort und den Einkaufsmagneten am Rand erscheint vielen Bürgerinnen und Bürgern zumindest *gefühl*t zu viel. Und wir stellen fest, dass wir etwa beim Angebot von KiTa-Betreuungsplätzen nicht mehr langfristig planen, sondern im Schweinsgalopp kurzfristige Möglichkeiten erschließen müssen. **In unserer Forderung nach einem pädagogischen Qualitätsmanagement fühlen wir uns im Übrigen bestätigt. Wir meinen, dass wir uns hier langfristig städtischer aufstellen müssen, sprich: Neben der strukturellen Organisation wünschen wir uns ein zeitgemäßes Kindergartenkonzept mit einem verbindlichen pädagogischen Qualitätsmaßstab.**

Für die Zukunft unserer Stadt setzen wir unsere Hoffnungen auf den neuen Stadtentwicklungsplan, den STEP II. Unser Wunsch ist ein Wachstum in der Qualität, und nicht in der Fläche. Weitere Gewerbegebiete nach dem Gebersheimer Weg sehen wir beispielsweise nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Hauptstadt der Mongolei, Ulaanbaatar, befindet sich eine beeindruckende Tempelanlage. Sie ist Sitz des offiziellen Staatsorakels: Es wird immer dann angerufen, wenn es um das Schicksal des Staates geht. Man erhofft sich dann Prophezeiungen, wie es mit dem Staat wohl weitergeht, zum Beispiel hinsichtlich der Finanzen. Wir sind ganz froh, dass wir in Rutesheim kein solches Orakel benötigen und es auch ganz ohne metaphysischen Beistand geht. Von daher bedanken wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bei der gesamten Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, die Vorbereitung der Sitzungsunterlagen und das konstruktive Miteinander – so kann es gerne weitergehen.

Unser Dank geht auch an die Vereine und all die Freiwilligen, die das ganze Jahr über unsere Stadt beleben. Und nicht zuletzt danken wir all jenen Spendern, die mit ihrem Beitrag für die Sozialstiftung zusätzliche Mittel aus dem städtischen Haushalt nicht erforderlich machen.

In diesem Sinne machen wir kein Geheimnis mehr daraus: Auch die SPD stimmt dem Haushaltsplan zu, wie auch dem Wasserwirtschaftsplan. Hier möchten wir nochmals festhalten, dass wir weiterhin an der kostendeckenden Wasserwirtschaft festhalten wollen. Insgesamt stimmen uns Haushaltsplan und Wasserwirtschaftsplan optimistisch. Wenn wir unsere finanziellen Grundsätze nicht aufgeben, dann dürfen wir auf dieser Grundlage einigermaßen entspannt in die Zukunft schauen.